A3 Too Hot to Handle

Antragsteller*in: Landesvorstand GJBW
Tagesordnungspunkt: 9 Leitantrag

Antragstext

Too Hot to Handle

Über 40 Grad am Tag. Nächte, in denen es kaum noch abkühlt. Ausgetrocknete Böden, vertrocknete Felder, viel zu wenig Regen. Der Sommer 2026 hat uns über 16.000 Hitzetote gekostet. Hinter uns liegt der zweitwärmste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und vielleicht einer der kühlsten, den wir noch erleben werden. Allein der Hitzesommer in diesem Jahr hat Schäden in Höhe von 36 Milliarden Euro verursacht. Dabei wäre es deutlich günstiger, der Klimakrise vorzubeugen, als ihre immer größer werdenden Schäden auszugleichen.

Die Klimakrise ist nicht irgendwann. Sie ist hier. Jetzt. Und sie trifft auf eine Gesellschaft, in der sowieso schon verdammt viel ungerecht verteilt ist. Während die einen der Hitze im klimatisierten Büro oder am Pool entkommen, liegen andere nachts in ihrer viel zu heißen Dachgeschosswohnung wach. Während Beschäftigte auf Baustellen, in der Pflege oder Landwirtschaft bei 40 Grad weiterarbeiten, fliegen Privatjets durch Europa und fossile Konzerne machen weiter Milliarden mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Und trotzdem wird Klimaschutz gerade behandelt, als hätten wir alle Zeit der Welt. Das Verbrenner-Aus wird infrage gestellt, der Ausbau der Erneuerbaren verschleppt und jeder noch so kleine Schritt zum Klimaschutz zur unzumutbaren Belastung erklärt. Deutschland droht laut Umweltbundesamt die EU-Klimaziele deutlich zu verfehlen und ist im Climate Change Performance Index auf Platz 22 abgerutscht.

Die Klimakrise hat sich noch nie so real gezeigt und trotzdem wollen Friedrich Merz und Co. nicht begreifen, wie nötig radikaler Klimaschutz ist. Im Gegenteil, die Merz-Regierung kürzt beim Klimaschutz und subventioniert lieber Gaskraftwerke. Statt mit den 13,3 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds langfristig die Energiewende zu finanzieren, wird das Geld lieber für die ungleich verteilte kurzfristige Senkung von Energiepreisen ausgegeben. Wir haben keinen Bock auf ein Weiter so, bei dem Konzerne und Überreiche weiter profitieren und diejenigen die Folgen tragen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben. Denn die Frage, wie wir diese Krise bekämpfen, ist immer auch eine Frage von Macht und Verteilung. Die Klimakrise ist Too hot to handle? JA! Für eine Politik, die sich lieber mit fossilen Konzernen arrangiert, als sich mit ihnen anzulegen. – Nicht mit uns!

Für uns ist deshalb klar: Klimapolitik muss Menschen vor den Folgen der Klimakrise schützen, den Ausstieg aus fossilen Energien fokussieren und unsere Wirtschaft auf eine klimagerechte Zukunft ausrichten. Dafür braucht es Veränderungen auf allen politischen Ebenen – im Bund genauso wie in Baden-Württemberg.

Green Flag - Menschen schützen

Die Klimakrise verändert nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unser Leben.
Gerade junge Menschen wachsen mit der Gewissheit auf, dass Extremwetter, zerstörte Lebensgrundlagen und immer neue Temperaturrekorde keine Ausnahme mehr sein werden. Zukunftsangst, Wut und Ohnmacht sind dabei keine irrationalen Reaktionen. Wer jeden Sommer erlebt, wie die Klimakrise näher kommt, während sie politisch weiter verschleppt und relativiert wird, hat gute Gründe, Angst zu haben. Trotzdem werden Menschen mit diesen Sorgen viel zu oft allein gelassen. Wir wollen deshalb, dass die psychischen Folgen der Klimakrise endlich ernst genommen werden. Psychologische und psychosoziale Unterstützung muss niedrigschwellig, kostenfrei und für alle erreichbar sein. Fachkräfte, wie Schulsozialarbeiter*innen müssen für Klimaangst und klimabedingte psychische Belastungen sensibilisiert werden.

Die Weiterbildung für angehende psychologische Psychotherapeut*innen muss endlich ausreichend finanziert werden, um die psychischen Folgen der Klimakrise in Zukunft zu bewältigen. Darüber hinaus fordern wir eine Steigerung der Kassensitze durch den Gemeinsamen Bundesausschuss, um endlich auf die gesteigerte Nachfrage an Psychotherapieplätzen zu reagieren. Dafür sind eine aktualisierte Bedarfsplanung und Reformierung des Planungsverfahrens notwendig. Wenn Menschen durch Hochwasser, Hitze, Brände oder andere Extremwetterereignisse ihre Wohnung, ihre Existenzgrundlage oder Angehörige verlieren, muss psycho-soziale Unterstützung fester Bestandteil der Katastrophenhilfe sein und es muss ein Bewusstsein für die Existenz dieser zusätzlichen Hilfe geschaffen werden.

Zivilschutz fängt nicht erst an, wenn bei Katastrophen oder psychischer Belastung Hilfe benötigt wird. Wir kämpfen entschieden gegen eine Verschlimmerung des Klimawandels, aber die ersten Auswirkungen erleben wir schon jetzt. Klimaanpassung muss also jetzt stattfinden. Wir wollen den Hitzeschutz stärken – mit der Begrünung von Städten, die dieTemperaturen senkt, der Renaturierung von Gewässern und anliegenden Flächen, die das Risiko von Überflutungen reduziert, sowie der Errichtung von Trinkwasserbrunnen, Sprühnebelanlagen wo möglich und dem Angebot von kühlen Räumen zur besseren Versorgung der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Gruppen.

Hierzu sind in öffentlichen Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Krankenhäusern oder Pflegeheimen zukunftsfähige klimatisierungskonzepte zukünftig unerlässlich. Die Aus- und Nachrüstung damit muss konsequent vorangetrieben werden.

Darüber hinaus wollen wir diejenigen stärken, die sich der Klimakrise entgegenstellen. Seit Jahren organisieren Menschen Demonstrationen, besetzen Wälder, kämpfen gegen fossile Großprojekte und zwingen Politik und Öffentlichkeit dazu, hinzuschauen. Ohne die Klimabewegung wären wir in der gesellschaftlichen Debatte heute nicht dort, wo wir sind. Statt diesen Einsatz anzuerkennen, werden Aktivist*innen immer wieder diffamiert, kriminalisiert und mit staatlicher Repression überzogen. Wer für unsere gemeinsame Zukunft kämpft, braucht unsere Solidarität, nicht Einschüchterung. Wir stellen uns gegen die Kriminalisierung der Klimabewegung und verteidigen das Recht auf Protest und friedlichen zivilen Ungehorsam. Gleichzeitig müssen wir die Strukturen stärken, die Menschen überhaupt ermöglichen, sich langfristig zu engagieren: durch verlässlich finanzierte Beratungsangebote, politische Bildungsarbeit, selbstorganisierte Räume und eine starke Zivilgesellschaft.
Solidarität brauchen auch Menschen, die weltweit bereits von Folgen des Klimawandels betroffen sind und ihre Lebensgrundlage verlieren. Daher müssen Betroffene überall abgesichert sein: medizinisch, psychisch und physisch. Hierfür tragen wir im globalen Norden eine maßgebliche Verantwortung. Denn Klimapolitik entscheidet sich nicht nur an CO2-Zahlen. Sie entscheidet sich auch daran, ob Menschen mit ihrer Angst allein bleiben, ob Betroffene Unterstützung bekommen und ob diejenigen, die für Veränderung kämpfen, eingeschüchtert oder gestärkt werden.
Menschen vor den Folgen der Klimakrise zu schützen, kann jedoch nur ein Teil unserer Antwort sein. Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass diese Folgen immer gravierender werden. Dafür müssen wir raus aus Kohle, Öl und Gas und die Energiewende konsequent vorantreiben.

Red Flag - Fossile Abhängigkeit

Effektiver Klimaschutz ist auf eine allumfassende Energiewende angewiesen. Und die muss schnell gehen. Statt konkret wirksame Pläne und klare Emissionsziele vorzulegen, bezieht sich die Bundesregierung lieber auf “Technologieoffenheit”. Übrig bleibt eine Politik, die Planungsunsicherheit verbreitet und die vor allem die Klimaziele nie erreichen wird.
Mit einem Anteil von 55,1 % Erneuerbarer am Bruttostromverbrauch 2025 ist die Energiewende im Stromsektor aktuell bereits deutlich weiter fortgeschritten als in anderen Bereichen. Während dabei das von der Ampel-Koalition beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Ende 2026 ausläuft, kürzt die Merz-Regierung unter Wirtschaftsministerin Reiche (CDU) massiv bei erneuerbaren Energien und anderen Klimaschutzmaßnahmen.

Für uns als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg steht fest: Der Ausbau erneuer-barer Energien darf nicht abgewürgt, sondern muss vorangetrieben werden. Die Macht der fossilen Großkonzerne ist schon zu lange zu groß. Mit der ehemaligen Chefin einer E.ON-Tochter sitzt nun auch eine Fossil-Lobbyistin mit am Kabinettstisch. Das Energiesystem darf sich nicht nach wenigen einflussreichen Aktionär *innen richten, es gehört in die Hände der Bürger*innen. Deshalb fordern wir die konsequente Förderung von Mieter*innenstrommodellen und Energiegenossenschaften, um eine bürger*innennahe Stromproduktion und Unabhängigkeit von großen Energieriesen wie RWE, E.ON und Co. zu ermöglichen. Auch der verschleppte Netzausbau darf keine Ausrede sein, um erneuerbare Energien zu bremsen. Die Pläne der Merz-Regierung: Die Einspeise-vergütung für Solarstrom abschaffen statt erhöhen und die Redispatch-Entschädigungen abschaffen. Wenn an sonnigen oder windigen Tagen mehr Strom erzeugt wird, als die Netze aufnehmen können, werden Solar- und Windanlagen heruntergeregelt. Dafür werden die Betreiber*innen aktuell entschädigt. Damit bleiben die Einnahmen planbar, was entscheidend dafür ist, dass Banken Kredite für den Bau von Erneuerbaren vergeben. Dies muss auch weiterhin so bleiben. Sonst wird der Ausbau der Erneuerbaren genau in einer Zeit gebremst, in der jeder Mensch an der Zapfsäule sehen kann, wie fatal die Abhängigkeit von fossilen Energien diktatorischer Staaten ist.
Statt sich von dieser Abhängigkeit zu lösen, setzt Reiche auch beim Kapazitätsmarkt auf Gas. Kraftwerksbetreiber*innen sollen künftig auch für das Bereithalten von Produktions-kapazitäten bezahlt werden. Was zunächst sinnvoll klingt, ist in der Ausgestaltung fatal. Reiche schließt mit ihrem Vorhaben faktisch alles außer Gaskraft-werke aus. Zum Beispiel auch neue Batteriespeicher, die aktuell auf dem Vormarsch sind. Damit zementiert die Merz-Regierung unsere Abhängigkeit von alten fossilen Energien auf Jahrzehnte. Hier zeigt sich wieder: Technologieoffenheit spielt für die CDU nur eine Rolle, solange sie zugunsten von fossilen Energien ausfällt. Für uns ist klar: Batteriespeicher und andere nachhaltigere Systeme dürfen im Kapazitätsmarkt nicht ausgeschlossen werden. Stattdessen fordern wir einen Gas-Ausstieg bis spätestens 2035.
Damit die hohen Netzinvestitionen, die in den nächsten Jahren anfallen, nicht einfach auf heutige Verbraucher*innen umgelegt werden, fordern wir die Einrichtung eines Amortisationskontos, durch das die Kosten des Ausbaus gestreckt und kurzfristige Preisspitzen vermieden werden.

Date Idee: Cosy im E-Auto kuscheln

Im Gegensatz zum Strom beträgt der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamt-energieverbrauch lediglich 23,8 %. Für eine allumfassende Energiewende müssen aber auch andere Sektoren angegangen und elektrifiziert werden. Insbesondere Wärme mit 19 % Erneuerbaren und Verkehr mit 8 % Erneuerbaren hinken stark hinterher.

Anstatt sich hier für mehr Klimaschutz einzusetzen, setzt die Merz-Regierung lieber auf den Tankrabatt, kürzt bei der Schiene und entkernt das Gebäudeenergiegesetz (GEG), indem sie auch künftig den Einbau von Öl- und Gasheizungen erlaubt und sowohl Mieter*innen als auch Eigentümer*innen dem Risiko explodierender Heizkosten aussetzt.

Klimafreundliche Mobilität muss ausgebaut und erschwinglich sein. Wir fordern, massiv in den ÖPNV und den Schienenfernverkehr zu investieren, damit Bus, Bahn und Zug endlich alltagstauglich werden. Das Deutschlandticket ist ein Erfolgsmodell, von dem seit seiner Einführung mehr als 14 Millionen Menschen profitiert haben und das bis zu 4 Mrd. Euro gesellschaftliche Kosten durch die gesunkene Luftverschmutzung gespart hat. Um allen Menschen einen Rückgriff auf dieses Angebot zu ermöglichen, fordern wir die Rückkehr zu einem Preis von 9 €. Zur Gegenfinanzierung müssen dringend fossile Subventionen wie die Steuerbefreiung von Kerosin abgebaut sowie die Ticketsteuer auf Inlandsflüge erhöht werden. Ein Inlandsflug darf nicht günstiger sein als eine Zugfahrt! Dafür braucht es auch einen anderen Umgang mit Luftfahrt. Flugverkehr nur noch dort, wo er unersetzlich ist, mit erneuerbaren Antrieben. Als ersten Schritt dahin müssen wir Privatjets zurückdrängen und Starts an Baden-Württembergischen Flughäfen verbieten.
Auch wenn wir einen klaren Schwerpunkt auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr setzen, erkennen wir an, dass er nicht überall eine ideale Lösung sein kann. Insbesondere im ländlichen Raum wird auch der motorisierte Individualverkehr weiterhin eine Rolle spielen. In diesen Bereichen muss der Umstieg auf das E-Auto gelingen. Elektromobilität ist nach wie vor die beste Möglichkeit für umweltfreundlicheres Autofahren. Damit diese Umstellung der Automobilbranche gelingt, braucht es einen klaren Kurs. Es dürfen keine falschen Anreize für Plug-In-Hybride gesetzt und schon gar nicht das Verbrenner-Aus verschoben werden.

Planungssicherheit ist für eine effektive Transformation der Industrie grundlegend. Der Schwund von Arbeitsplätzen in der Automobilbranche ist real. Bei den ca. 10.000 Arbeitsplätzen, die in CO2-intensiven Schlüsselbranchen monatlich verloren gehen, sind es meist solche ohne akademischen Hintergrund oder breit aufgestellte Ausbildung. Konkret: Wenn in Neckarsulm oder Schwäbisch Gmünd ein Zulieferwerk für Autos schließt, verliert jemand mit 40 Jahren, jungen Kindern und unbezahltem Hauskredit Job und Perspektive. Aber das liegt nicht an E-Autos oder dem Verbrenner-Aus, sondern daran, dass teure Verbrenner-Autos auf dem Exportmarkt an Stellenwert verloren haben und viele große Unternehmen aufgrund fataler Fehlentscheidungen in Sachen E-Mobilität nicht konkurrenzfähig sind. Deshalb fordern wir klare Richtlinien, Innovationsförderung, einen fortlaufenden Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie gezielte Kaufprämien zur Unterstützung des Absatzmarktes. Nur wenn die Automobilindustrie die Transformation zu klimafreundlichen Technologien schafft, können ihre Arbeitsplätze langfristig gesichert werden.

Die Wertschöpfung der Automobilindustrie der Zukunft liegt im Feld der Batterietechnologie. Deswegen braucht es einen europäischen Batteriezellenhersteller aufgebaut als europäisches Projekt analog zu Airbus. Nur die nachhaltige Entwicklung klimafreundlicher Technologien, auf jeder Ebene, schafft Perspektive. In nachhaltigen Industrien von Morgen, können Menschen neuen Anschluss finden. Arbeitskräfte müssen weitergebildet und Werke transformiert werden, sodass eine effiziente Standortsicherung und ein sicheres langfristiges Arbeitsverhältnis erhalten bleiben kann. Dafür braucht es eine Stärkung und weitere Verbreitung der Arbeitsmarktdrehscheiben in Baden-Württemberg. Um Menschen einen guten Übergang von der alten Industrie in die neue Industrie zu ebnen, fordern wir zudem finanzielle Förderung des Landes beim Aufbau von Transfergesellschaften zur Qualifizierung von Beschäftigten, die von transformationsbedingtem Stellenabbau betroffen sind.

Die Klimatransformation endet nicht beim Stromnetz, bei Heizungen oder beim Verkehr. Deutschland und insbesondere Baden-Württemberg sind stark von industrieller Wertschöpfung geprägt. Deshalb entscheidet sich auch in den Fabriken, Stahlwerken und der Automobilindustrie, ob der notwendige Wandel gelingt. Untätigkeit bestärkt nicht nur soziale Ungerechtigkeit, sondern ist auch ökonomisch völlig unlogisch.

No-Go: Klimaschutz und Wirtschaft trennen

Die Klimatransformation bietet eine große Chance: 2033 könnte die Wertschöpfung der Erneuerbaren allein über 20 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Der Klimawandel hingegen schwächt den deutschen Standort enorm. Und trotzdem werden zu wenige und zu vorsichtige Maßnahmen getroffen, um den Klimazielen gerecht zu werden und wirtschaftliche Sektoren erfolgreich umzustellen. Die Bepreisung von Emissionen durch den nationalen und den europäischen Emissionshandel ist eine wichtige Maßnahme. Aber während weiterhin kostenlose CO2-Zertifikate vergeben werden, dienen die Einnahmen des Emissionshandels inzwischen wohl eher der Sanierung des Bundeshaushalts. Stattdessen müssten sie eigentlich der Klimatransformation dienen oder als Klimageld ausgezahlt werden. Klimaschutz muss aktiv gestaltet werden und darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Mit den Klimaschutzverträgen hat der Staat bereits ein funktio-nierendes Mittel, um die Mehrkosten von Unternehmen auszugleichen, wenn sie klima-freundlich statt fossil produzieren. Anschließend werden diese Kosten wieder zurück-gezahlt, wenn die grüne Produktion günstiger ist. Deutschland muss seine enormen Standortvorteil als erster EU-Staat mit Klimaschutzverträgen nutzen und sie deshalb dauerhaft und mit ausreichend finanziellen Mitteln fortführen. Wir sind zudem überzeugt: Für den Umstieg der Industrie brauchen wir harte ordnungspolitische Maßnahmen. Wir müssen der Industrie klare Grenzwerte und harte Vorgaben vorgeben. Bei Nichteinhaltung durch große fossile Konzerne müssen auch staatliche Übernahmen und Enteignungen von fossilen Sparten als Strafmaßnahme möglich sein.

Die Eisen- und Stahlindustrie ist einer der größten Emittenten, braucht daher den größten Wandel und spiegelt gleichermaßen die Schwierigkeiten der grünen Transformation wider. Die Forschung zu grünem Wasserstoff ist auf einem guten Weg und bedarf weiterer staatlicher Unterstützung. Durch sie und mithilfe einer stabil fortlaufenden Energiewende können wir in Deutschland in der Zukunft grünen, klimaneutralen Stahl produzieren. Um den Unternehmen auf diesem Weg zu helfen, müssen grüne Leitmärkte durch staatliche Quoten unterstützt werden. Hierbei können umweltfreundliche Maßnahmen ineinandergreifen, indem für die öffentliche Beschaffung verbindliche Quoten für grünen Stahl vorgesehen werden.

Die Grüne Jugend BW fordert auch die Landesregierung auf, auf eine Prüfung hinzu-wirken, ob und wie den Unternehmen, die den Ausbau der erneuerbaren Energieinfra-struktur unterstützen, relevante Daten, wie (bspw.) Netzkapazitätsdaten, bereitgestellt werden können, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern. Für vieles davon werden auf Bundes- und europäischer Ebene die entscheidenden Rahmenbedingungen gesetzt. Das entbindet Baden-Württemberg aber nicht von seiner eigenen Verantwortung. Im Gegenteil: Gerade als großer Industriestandort und grün geführtes Bundesland kann Baden-Württemberg zeigen, dass ambitionierter Klimaschutz und eine zukunftsfähige Wirtschaft zusammengehören.

Hot Take: BaWü kann zeigen, wie es geht

Als grün geführtes Bundesland haben wir die Chance zu zeigen, dass es geht. Es ist möglich, bis 2040 vollständig unabhängig von Kohle, Öl und Gas zu leben und eine auf fossilen Produkten begründete Wirtschaft vollständig auf eine nachhaltige, zukunftsfähige Industrie umzustellen. Wir können das tun, was nötig ist, um die Klimakrise ausreichend zu begrenzen und gleichzeitig wirtschaftlich aufholen. Dafür muss die aktuelle Landesregierung liefern. Die aktuelle Landesregierung hat sich dazu verpflichtet, das Klimaziel 2040 zu halten und auf Berichte des Klimasachverständigenrats zu reagieren. In der vergangenen Legislatur hat die CDU wiederholt die faktische Einordnung des Klimasachverständigenrats abgelehnt, was zu der unwürdigen Situation geführt hat, dass das Verfehlen der Klimaziele zwar wissenschaftlich belegt, aber nicht politisch anerkannt wurde.

Für uns als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg ist dabei klar:
Der aktuelle Koalitionsvertrag fällt klimapolitisch deutlich hinter dem zurück, was eine grün geführte Landesregierung nötigerweise erreichen sollte. Deshalb verstehen wir uns auf Landesebene als treibende Kraft für den klimapolitischen Fortschritt in den kommenden Jahren. Im aktuellen Koalitionsvertrag finden sich einige wichtige klimapolitische Maßnahmen, für die wir teilweise Jahre gekämpft haben und die nun konsequent umgesetzt werden müssen. Danach werden wir die Landesregierung hart beurteilen.

Es darf also nicht bei Ankündigungen bleiben, die Landesregierung muss liefern: beim Ausbau von Windkraft auch im Staatsforst, bei der verpflichtenden Beteiligung von Kommunen und Bürger*innen an Windkraft-Profiten und einem echten Beschleunigungsgesetz für den Netzausbau sowie beim entschiedenen Vorantreiben der Verkehrswende, der Unterstützung für den Umbau zu autofreien Innenstädten und der Ermöglichung eines Aussetzens der Stellplatzpflicht.
Das Land Baden-Württemberg sollte allen Spielraum für die Umsetzung der Wärme-wende nutzen. Im Bund hat die Schwarz-Rote Regierung mit der Änderung des GEG absurde Verzögerungen der Wärmewende beschlossen, die auch bei uns im Land fossile Lock-in-Effekte bewirken werden. Daher müssen wir die Länderöffnungsklausel nutzen und als Land weiter an den klaren Vorgaben des alten GEG festhalten, sodass in Baden-Württemberg beim Einbau einer neuen Heizung weiterhin 65 % erneuerbarer Anteil nachgewiesen werden muss.
Trotz der hohen PV-Ausbauzahlen und Wind-Genehmigungszahlen der letzten Jahre braucht es auch in Baden-Württemberg eine weitere Beschleunigung beim Ausbau erneuerbarer Energien, um die notwendige installierte Leistung von über 50 GWp bis 2040 zu erreichen. Das Land muss hier auch investiv einen Beitrag leisten, indem es Pensionsrücklagen des Landes durch Fonds in kommunale Energiewende-Projekte investiert.
Für den beschleunigten Ausbau müssen wir insbesondere bereits versiegelte Flächen im Land für die Energiewende nutzen. Dafür sollten wir eine Überdachung mit Photovoltaikanlagen von großen Parkplätzen auch im Bestand vorschreiben. Die bisherige Photovoltaikpflicht beim Neubau von Parkplätzen ab einer Größe von 35 Stellplätzen soll bereits ab 20 Parkplätzen gelten und auch für Bestandsflächen dieser Größe angewendet werden. Darüber hinaus sollten wir die PV-Pflicht auf Gewerbe-Bestandsgebäude ausweiten.
Ebenso müssen wir das Potenzial der Agri-Photovoltaik heben, indem wir Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Akzeptanz bei Landwirt*innen erhöhen. Um die verfügbaren Flächen vollständig auszunutzen, braucht es eine Flächenbörse und Unter-stützung für Kommunen beim Flächenpooling für erneuerbare Energien.

[Auch die Landwirtschaft muss klimaneutral werden. Aktuell ist sie für gut 10 %der deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Insbesondere tierische Produkte verursachen dabei deutlich mehr Emissionen als pflanzliche Produkte. Dennoch werden viele pflanzliche Alternativen nicht wie ihre tierischen Spiegelbilder mit 7 %, sondern mit 19 % Mehrwertsteuersatz belegt. Wir fordern von der Landesregierung, sich im Bundesrat für eine entsprechende Reform der Mehrwertsteuer einzusetzen, die die Benachteiligung pflanzlicher Alternativen aufhebt. Auch die Stickstoffbelastung durch Überdüngung ist ein großes Problem. Das dabei entstehende Lachgas wirkt bis zu 265 Mal so schädlich wie CO2. Um Anreize zu setzen, eine Überdüngung zu vermeiden und Landwirt*innen, die auf ein nachhaltiges Maß achten, zu fördern, muss sich die Landesre-

gierung im Bundesrat für die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe einsetzen. Wer mehr düngt als die Flächen aufnehmen können, zahlt ein. Die Einnahmen sollen anschließend an nachhaltig produzierende Betriebe wieder ausgezahlt werden, um die Anreizwirkung zu verstärken.]

Bare Minimum: Kommunalen Klimaschutz finanzieren

Nicht zuletzt die vielen jungen kommunalpolitischen Stimmen der GRÜNEN JUGEND streiten seit Jahren für eine echte Ausfinanzierung von kommunalem Klimaschutz. Die Umsetzung der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende vor Ort darf nicht durch Einsparungen bei Schulgebäuden und Kitas finanziert werden. Es braucht zusätzliche Transformationsfinanzierung.

Deswegen muss die Klimamilliarde mit einem kommunalen Klima-Finanzierungsgesetz konsequent umgesetzt werden. Es braucht Klarheit, welche Klimaschutzmaßnahmen über die Milliarde finanziert werden dürfen, und die vollständige Finanzierung dieser Maßnahmen. Ein Zurückfallen hinter die Summe von 1 Mrd. € in dieser Legislatur wäre katastrophal für den kommunalen Klimaschutz und das Vertrauen in die Politik. Schon im kommenden Haushalt müssen damit 250 Mio. € und somit ein Viertel der Summe eingestellt werden.

Für die kommunale Wärmewende werden in den nächsten Jahren die Weichen gestellt. Deswegen ist es notwendig, dass die Landesregierung über die Klimamilliarde hinaus hier aktiv wird. Es braucht einen Landesinvestitionsfonds für den Ausbau kommunaler Wärmenetze mit „Sprinterprämien“ für den schnellen Ausbau in Vorreiterkommunen. Weiterhin sind die kommunalen Stadtwerke auf Landesbürgschaften für die Investitionen in den Netzausbau angewiesen.

Für die Umsetzung der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung muss das Land innovative Konzepte wie Quartierspeicher, Flusswärme und industrielle Abwärme im Besonderen fördern. Neben dem Aufbau klimafreundlicher Wärmeversorgung müssen wir auch den Ausstieg aus Gas ausreichend organisieren. Durch die stark zurückgehende Zahl an Gaskund*innen kommt es zu immer höheren Netzkosten pro Endkund*in, die den Stadtwerken, aber auch Kund*innen zu schaffen machen. Deswegen braucht es eine flächendeckende Gasausstiegsplanung analog zum System der kommunalen Wärmeplanung. Es ist notwendig, dass die Netzbetreiber*innen den geordneten Ausstieg aus fossilem Erdgas bis 2035 im Rahmen des Klimaneutralitätsziels planen und ent-sprechende Stilllegungspläne der Erdgasnetze bis 2030 vorlegen.

Hot for a reason: Verantwortung übernehmen

Von der grün geführten Landesregierung erwarten wir, dass unsere Entschlossenheit dafür, klimapolitisch das Nötige zu tun, auch über landespolitische Entscheidungen hinaus sichtbar ist. Baden-Württemberg muss auch im Bundesrat und bei

klimapolitischen Entscheidungen in Bund und EU eine stabile Stimme sein. Das muss heißen: Keine Stimmen aus Baden-Württemberg im Bundesrat für neue fossile Infrastruktur, keine Stimmen für Gasbohrungen vor Borkum und anderswo. Angesichts der Angriffe auf den europäischen Zertifikatehandel und CO2-Preis muss Baden-Württemberg auch als Stütze für den europäischen Klimaschutz wirken. Wir müssen klar machen: Ein Abrücken oder die Flexibilisierung von Flottengrenzwerten und von harten Vorgaben für die Automobilindustrie genauso wie das Verzögern der Steigerung des CO2-Preises halten wir für falsch.
Die Unternehmen in Baden-Württemberg brauchen Klarheit. Viele von ihnen haben sich auf den Weg in die Transformation gemacht und in klimafreundliche Technologie investiert. Sie stellen sich heute bereits gegen das Aufweichen der europäischen Vorgaben. Sie zu bestrafen, indem man weniger innovative Unternehmen erneut aus der Verantwortung nimmt, ist das Gegenteil notwendiger aktiver Industriepolitik.
Die Klimakrise entscheidet sich nicht an einer einzelnen Maßnahme und nicht auf einer einzelnen politischen Ebene. Es geht darum, Menschen vor ihren Folgen zu schützen, diejenigen zu stärken, die für Veränderung kämpfen, unsere Abhängigkeit von Kohle, Öl und Gas zu beenden und unsere Wirtschaft auf eine klimaneutrale Zukunft auszurichten. Dafür braucht es eine Bundesregierung, die den fossilen Rollback beendet. Es braucht eine Landesregierung, die zeigt, dass ambitionierter Klimaschutz tatsächlich umgesetzt werden kann. Und es braucht eine starke Klimabewegung und eine GRÜNE JUGEND, die weiter Druck macht.

Denn die Klimakrise ist nur Too hot to handle für eine Politik, die weiter auf fossile Abhängigkeiten setzt. Nicht für uns!

Als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordern wir:

- Kostenfreie und niedrigschwellige psychosoziale Unterstützung insbesondere für Betroffene von Klimaangst und Extremwetterereignissen.

- Schluss mit der Kriminalisierung der Klimabewegung und Schutz des Rechts auf Protest und friedlichen zivilen Ungehorsam.

- Einen konsequenten Ausstieg aus fossilem Erdgas bis spätestens 2035.

- Einen deutlich schnelleren Ausbau von Wind- und Solarenergie, Stromnetzen und Batteriespeichern.

- Energie stärker in Bürger*innenhand bringen, durch Energiegenossenschaften und Mieter*innenstrom, statt weiterer Abhängigkeit von fossilen Großkonzernen.

- Massive Investitionen in Bus und Bahn und ein Deutschlandticket für 9 Euro.
- Fossile Subventionen abbauen, insbesondere die Steuerbefreiung von Kerosin, und Inlandsflüge stärker besteuern.
- Keine Aufweichung des Verbrenner-Aus und stattdessen den Ausbau von E-Mobilität, Ladeinfrastruktur und europäischer Batteriezellproduktion vorantreiben.
- Die Auszahlung eines sozial gestaffelten Klimagelds.
- Eine aktive grüne Industriepolitik mit Klimaschutzverträgen, grünem Wasserstoff und verbindlichen Leitmärkten für klimaneutrale Produkte.
- Einnahmen aus der CO2-Bepreisung für Klimatransformation und Klimageld verwenden, statt damit Haushaltslöcher zu stopfen.
- Baden-Württemberg muss am Ziel der Klimaneutralität bis 2040 festhalten und die Wärmewende, den Netzausbau sowie Wind- und Solarenergie deutlich beschleunigen.
- Die PV-Pflicht ausweiten – unter anderem auf bestehende Gewerbegebäude und größere bestehende Parkplätze.
- Kommunalen Klimaschutz vollständig finanzieren: die Klimamilliarde umsetzen, kommunale Wärmenetze fördern und Stadtwerke bei der Transformation absichern.
- Eine verbindliche Gasausstiegsplanung in Baden-Württemberg, inklusive Stilllegungsplänen für Erdgasnetze bis 2030.
- Baden-Württemberg muss auch in Bund und EU gegen den fossilen Rollback stehen: keine Zustimmung zu neuer fossiler Infrastruktur oder neue Gasbohrungen und keine Aufweichung europäischer Klimavorgaben.

Der Landesvorstand mit Unterstützung von
Marlene Siepe, Klara Körbi und Valentin Leiendecker